



Kantonsratssitzung 30.10.2023  
**Traktandum** **Postulat Patrick Kessler, Lastenausgleich unter den FAK mit Bezüchern aus dem Kanton AR; Kenntnisnahme**  
Geschäftsnummer 0100.143  
**Eintretensvotum** **SP-Fraktion**  
Fraktionsprecherin Sabrina Obertüfer, Lutzenberg

---

Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident  
Sehr geehrter Herr Landammann  
Sehr geehrte Damen und Herren des Regierungs- und Kantonsrats

Die Stärke des Volkes misst sich – laut unserer Bundesverfassung – am Wohl der Schwachen. Die Motion des Kantonsrats Kessler, die später zu einem Postulat umgewandelt wurde, wollte eine gesetzliche Grundlage für den Lastenausgleich unter den Familienausgleichskassen erarbeiten lassen. Das beim Lesen dieser Forderung nicht sofort alle Köpfe verständnisvoll nicken und die rasche Umsetzung derer nicht als wichtig gilt, ist nur schwer nachvollziehbar, geht es bei einer Sozialversicherung doch es in erster Linie um Solidarität und nicht um Wettbewerb.

Aktuell erfolgt die Finanzierung der Familienzulagen über Lohnprozente, die nicht einheitlich festgelegt sind. Branchen im tieferen Lohnsegment und einem meist höheren Kinderanteil, sowie deren Ausgleichskassen, werden im jetzigen System klar benachteiligt. Sie bergen ein sogenanntes „schlechtes Risiko“, das zu höheren Beitragssätzen führt. Dank hoher Löhne und einer oftmals niedrigeren Summe der ausgerichteten Leistungen, können Hochlohnbranchen und ihre Kassen hingegen die Beitragssätze deutlich tiefer halten. Dazu kommt, dass Abklärungen der Kommission Gesundheit und Soziales ergeben haben, dass der Wechsel zu einer neuen Kasse mit sehr grossem Aufwand verbunden und schwierig umzusetzen ist. Um diesem Ungleichgewicht entgegenzuwirken und echte Solidarität zu schaffen, ist die schnellstmögliche Einführung des Volllastenausgleichs unumgänglich. Die SP ist wie die KGS der Meinung, dass die Lösung über einen einheitlichen Beitragssatz wie es der Kanton Genf vormacht, klare Vorteile bietet. So werden komplizierte Ausgleichszahlungen unnötig und das System vereinfacht.

Die SP Fraktion schliesst sich deshalb der dringenden Empfehlung der KGS an und erwarten von der Regierung, dass Sie Ihre Verantwortung gegenüber Familien und Kindern unseres Kantons wahrnimmt. Es ist **jetzt** an der Zeit, Eigeninitiative zu zeigen und eine solidarische Lösung umzusetzen, ohne auf den Bund zu warten.

Wir nehmen Kenntnis von der Berichterstattung und sind einverstanden, das Postulat abzuschreiben.